



Thorsten Frei, Wahlkreisabgeordneter von hier und „Stimme der Opposition“ wieder mal im Fernsehen: In „Hart aber fair“ vertrat er die neusten Standpunkte der Union zur Migrationspolitik. Rechts als weitere Talkgäste im Bild der Landrat Jens Marco Scherf und die Journalistin Hadija Haruna-Oelker. Screenshot: NQ

Macht sich Thorsten Frei Illusionen?

Politik Harte Fernsehdebatte über Lösungen für die Steuerung der Migration: CDU-Politiker von hier muss Kritik an seinen Zahlen einstecken. Der neuste Ansatz der Union ist eigentlich alt: Asylverfahren im Ausland abwickeln.

Nachdem der Arbeitskreis Asyl in Schwenningen Alarm geschlagen hat, weil man dort fürchtet, das Grundrecht auf Asyl könne weiter ausgehöhlt werden (wir berichteten gestern), wurde darüber nun auch im Fernsehen debattiert. Und zwar im beliebten Polittalk „Hart aber fair“ in der ARD. Mit dabei: Thorsten Frei.

Der Bundestagsabgeordnete des Schwarzwald-Baar-Kreises absolviert viele solcher TV-Termine, spätestens seitdem er Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Union ist. Frei wird hier gerne als Stimme der Opposition gehört – aber auch kritisiert. Das ist der Berufspolitiker gewohnt, und zwar nicht erst, seit er angeregt hat, das individuelle Asylrecht durch jährliche Kontingente für Flüchtlinge zu ersetzen.

Thema ist allgegenwärtig

Wie auch immer: Das Thema „Migration“ ist allgegenwärtig, zumal zeitgleich zur Sendung ein Bund-Länder-Gipfel stattfand. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte ja eine Wende beim Thema Migration versprochen, sodass sich auch die Diskutanten bei „Hart aber fair“ fragen mochten: Wird jetzt wirklich bald im großen Stil abgeschoben? Reicht das, um die hohen Flüchtlingszahlen zu drücken? Müssen Flüchtlinge schneller in Arbeit, Sozialleistungen gekürzt, Europas Grenzen wehrhafter werden?

Die CDU will neuerdings wieder Asylverfahren bereits außer-

halb Europas abwickeln und dafür vor allem viele Millionen nach Nordafrika überweisen. Thorsten Frei hatte dieses Modell in früheren Jahren bereits im Zuge eines NECKARQUELLE-Interviews propagiert. Nun ist es durch einen Vorstoß des nordrhein-westfälischen CDU-Ministerpräsidenten Hendrik Wüst wieder aktuell.

Erst gar nicht ins Land?

Demnach sollen diejenigen, die keinen Schutzstatus erwarten können, erst gar nicht ins Land kommen. Moderator Louis Klamroth wollte von Frei wissen, wie man sich die dafür notwendige Infrastruktur vorstellen darf: „Gibt es dann große Lager und Verwaltungsgebäude, über denen die EU-Flagge weht und in denen EU-Beamte arbeiten?“

Die Idee sei nicht wirklich neu, meinte Frei – bereits 2016 habe der Europarat einstimmig „Aus-schiffungsplattformen“ beschlossen, die im Grunde nichts anderes seien und dafür gedacht waren, Asylverfahren in sicheren Drittstaaten abzuwickeln. Leider habe man dieses Modell seinerzeit nicht weiter verfolgt.

Probleme reduzieren

Im weiteren Verlauf der Sendung hielt der CDU-Mann von hier auch Bezahlkarten für geeignet, um die Asylverfahren hierzulande und die damit einhergehenden Probleme für Städte und Gemeinden zu reduzieren. Das deutsche Asylrecht wie auch die Genfer Flüchtlingskonventionen ließen das zu.

„Wie soll das in irgendwelchen Drittstaaten funktionieren, wenn wir es schon hier nicht richtig hinkriegen?“, wollte Gastgeber Klamroth wissen. Das trage dazu bei, die Zuwanderung nach Deutschland weniger attraktiv zu machen, erklärte Frei, der „Erwerbsmigration“ und „humanitäre Migration“ voneinander getrennt haben will – Arbeitsmarktprobleme könne man nicht mit humanitärer Migration lösen.

Journalistin und Moderatorin Hadija Haruna-Oelker widersprach Frei. Sie glaubt, dass die Einhaltung von Standards oder Menschenrechten in Drittstaaten nicht kontrolliert und somit sichergestellt werden könnten. Dass solche Maßnahmen Menschen von einer Flucht nach Deutschland abhalte und damit das Sterben im Mittelmeer verringere, bezeichnete sie als „schöne Idee, aber illusionär“.

Scholz' Ankündigung

„Wir müssen endlich im großen Stil abschieben“, hat SPD-Bundeskanzler Olaf Scholz vor kurzem dem „Spiegel“ gesagt. Darum, was das konkret heißt, entbrannte in der TV-Talkshow ein politischer Streit. Weil Thorsten Frei meinte, von diesen angekündigten Abschiebungen „im großen Stil“ seien rund eine Viertelmillion Menschen betroffen und der Moderator per Einspieler die Zahlen vor Augen hielt: „Ausreisepflichtige ohne Duldung sind tatsächlich 50 134 Personen. Stand Ende September“, hieß es da. Frei blieb davon unbeeindruckt: Wenn der Kanzler davon

spreche, im erheblichen Stil abzuschieben, dann würde es um besagte 250 000 Menschen gehen. Schließlich ginge es darum, Abschiebehindernisse aus dem Weg zu räumen. Dirk Wiese, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, widersprach: Da seien „gewisse Länder, in die wir nicht abschieben aus unterschiedlichen Gründen“. Weil man keine diplomatischen Beziehungen habe, weil dort Menschenrechtsstandards verletzt würden, weil Abgeschobenen möglicherweise die Todesstrafe drohe. „Deswegen ist das, was Thorsten Frei sagt, falsch.“

„Deswegen ist das, was Thorsten Frei sagt, falsch.“

Die Bundesregierung wolle lieber Migrationsabkommen mit Drittstaaten anstreben, um die notwendige Immigration zu ermöglichen und gleichzeitig sicherzustellen, dass diejenigen ohne Bleibeperspektive zurückgenommen würden. Das sei aber nicht so einfach hinzukriegen.

Jens Marco Scherf (Grüne), Landrat von Miltenberg, machte als Vertreter des kommunalen Bereichs deutlich: „Der Handlungsdruck ist groß. Wir brauchen eine Einigung und ein Maßnahmenbündel.“ Der Landrat will mehr Kindergartenplätze, mehr Lehrer, mehr Mitarbeiter und

mehr Wohnungen. Außerdem will er viel mehr Zeit haben, „um Menschengut integrieren zu können“.

Welche Maßnahmen Olaf Scholz und die Ministerpräsidentenkonferenz beschloss, war zum Sendungsende von „Hart aber fair“ weiterhin offen. Gestern wurden die Ergebnisse des Bund-Länder-Treffens dann bekannt. Demnach wird der Bund 7500 Euro pro Asylbewerber und Jahr an Landkreise und Kommunen zahlen.

3,5 Milliarden vom Bund

Das Gesamtvolumen dieser Bundeshilfe beläuft sich auf 3,5 Milliarden Euro. Außerdem sollen Leistungen für Asylbewerber eingeschränkt werden, sobald diese seit mehr als eineinhalb Jahren in Deutschland sind. Sie sollen mit einer Bezahlkarte ausgestattet werden. Wichtig: Behörden und Gerichte sollen Asylverfahren in Deutschland künftig deutlich schneller abarbeiten. Bund und Länder einigten sich auf genaue Zielvorgaben.

Außerdem ist die von Thorsten Frei vertretene CDU-Idee, worum es in „Hart aber fair“ auch ging, noch nicht vom Tisch: Die Ampel will noch einmal eingehend prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind.

Fragen der Steuerung der Migration sollen künftig aber nicht nur Politiker beantworten, sondern eine neue Kommission, in der auch Vertreter von Kirchen und Gewerkschaften, aber auch Wissenschaftler und Asylbetreuer sitzen. rat